

**Das Volkswort**  
erschient jeden Freitag  
nachmittags. Der monatliche  
Bezugspreis  
bedeutet 50 Pf. frei ins Haus.  
Durch die Post  
70 Pf. oder vierteljährlich  
2 Mk. 50 ohne Postgebühren.  
**„Die Neue Welt“**  
(unabhängig erscheinende  
Unterhaltungs-Beilage)  
besteht monatlich 10 Hg.  
Schriftleitung:  
Herr 49-44, Zentralfabrik 1048  
Anspruchsb.: wachtag 10  
2-1 Uhr mittags.



**Wachtag**  
Herr 49-44, Zentralfabrik 1048  
Anspruchsb.: wachtag 10  
2-1 Uhr mittags.

**Sozialdemokratisches Organ**

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

**Deutscher Heeresbericht.**

Großes Hauptquartier, 13. Juli 1917. (W. Z. B.)

**Westlicher Kriegsschauplatz.**  
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. An der flandrischen und Arras-Front war in mehreren Abschnitten bei guter Sicht der Feuerkampf fast. Feindliche Vortöße blieben von Heeresposten, südlich von Ypern, bei Quilluc und südlich der Scarpe wurden zurückgeschlagen.

**Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.** Wieder war die Kampftätigkeit der Westfront in der westlichen Kampagne erheblich gesteigert; auch auf dem linken Westufer erreichte das Feuer abends große Festigkeit. An der Höhe 304 nahmen Sturmtruppen in frischem Draufgehen die vom Feinde am 8. Juli zurückgewonnenen Gräben wieder. Die Befestigung wurde abgesichert, ein Teil getrieben zurückgeführt. Die von und von den Räumern am 12. Juni gemachten Stellungen in vier Kilometer Breite sind einschließlich des Westendes damit wieder voll in unserer Hand. Zwei heftiger Gegenwärtigkeit brachte ein Erdrückungsvorstoß bei Brunay und Gewinn an Gefangenen und Beute.

**Heeresgruppe Herzog Albrecht.** Die Lage ist unverändert.

In zahlreichen Luftkämpfen verloren die Gegner 17 Flugzeuge, zwei weitere durch Abwehrfeuer. Oberleutnant Ritter v. Lützel, der am 12. Juli zwei feindliche Flugzeuge zum Absturz brachte, erlangt gestern durch Abschuss eines Heßelballons den 16. Luftpreis.

**Ostlicher Kriegsschauplatz.**  
Front des Generaloberstmarchalls Prinz Leopold von Bayern. An der Duna, bei Smotzow und an der Schifara war die Gefechtsintensität reger; auch westlich von Luck lebte sie insofern einige Erdrückungsvorstöße zeitweilig auf. Südlich des Dnjepr sind an mehreren Stellen der Rumänien-Linie russische Angriffe zum Scheitern gebracht worden.

An der Front des Generaloberst Herzog von Joseph und bei der Heeresgruppe des Generaloberstmarchalls v. Wadenstein brachten nach härtester Feuertaube mehrere feindliche Luftfahrzeugabteilungen gegen unsere Stellungen vor; sie sind aber abgewiesen worden.

**Mazedonische Front.** Ostlich der Ribze Planina löste ein erfolgreicher bulgarischer Vorstoß drückende Gegenangriffe der Serben aus; sie schlugen unter Verlusten fehl.

**Die Kämpfe im Osten.**

Der österröische Heeresbericht besagt: Wien, 12. Juli. Amlich wird verlautbart: Ostlicher Kriegsschauplatz. In Rumänien und in den Karpathen nichts von Belang. Südlich des Dnjepr gelangten die Russen bis an unsere Rumänien-Stellung. Bei Raluzow kam es auf dem Westufer zu Kämpfen. Am Stochod wurde nördlich der Bahn Roma-Komel ein russischer Vorstoß abgewiesen.

W. Z. B. meldet u. a. noch: An der Chirsonn tastete sich der russische Dnjepr und Karpathen langsam gegen unsere planmäßig neu bezogenen Stellungen vor. Am 11. Juli erfolgte gegen Abend feindliche Zielangriffe bei Grabowka und bei Rabin-Bezowitsche, die in unserem Feuer erstickt wurden. An der Gegenfront Przeslaw beherrschte Goben und südlich Luck zeitweise heftige Feuerkämpfe. Gegen 10 Uhr abends griff der Feind am Stochod-Krieg nach mehreren starken Feuerwellen in etwa 1 Kilometer Breite an. Der Angriff brach in unserem Feuer unter schweren russischen Verlusten zusammen. Vom 1. bis 10. Juli wurden in den Abschnitten von Zegezow und Jolowka 200 Gefangene beiderseits Offiziere erbeutet. Die relativ geringe Gefangenenzahl ist ein Maßstab für die ungenüher blutigen Verluste der Russen. Die reibensweise hingemäht, nur in seltenen Fällen unsere Gräben erreichen konnten. Manche Kompanien liefen laut Meldungen von der Front im Feuer auf 30 bis 50 Mann Gefährdungs- und Gefangenensammelungen. Besonders schwer waren die Verluste der 8. Transam. Div. In zahlreichen Divisionen der russischen Armee misst über der Stobut.

**Der russische Heeresbericht.**

Vom 11. Juli. Westfront: In der Richtung auf Dolin setzten unsere Truppen die Verfolgung des durch die Armee des Generalis Kornilow auf der Front Nagapol-Stanislaw-Bogoroditschka vollständig gelagerten Feindes nach Nordwesten fort. Gegen Wlita nahmen unsere tapferen Truppen unter dem Befehl des Generalis Scherwinitsch die Stadt Salica ein und markten ihre Rückzug auf das linke Dnjepr-Ufer. Bei Einbruch der Dämmerung erreichten unsere Truppen das Linnica-Sal auf der Front Linnica-Windubna-Dobrowlad und waren nach kurzem Kampf ihre Verbündeten auf das linke Ufer geführt, wobei sie die Dörfer Wlita und Wlita besetzten. Abends wurde die Front von den Generalis Wolatowa und Wolatowa gegen den feindlichen Widerstand und erreichten die Linie Wlita-Diesaurta-Rosnate. Im Verlauf dieses Kampfes machten wir mehr als 2000 Gefangene und erbeuteten etwa 80 Geschütze. Im ganzen machten wir an drei Tagen Kampfen das 8. 9. und 10. Juli in der Richtung auf Dolin mehr als 150 Offiziere und 10 000 Mann Gefangene, erbeuteten ungefähr 80 Geschütze, darunter 12 schwere, und außerdem eine große Zahl Grobenstammmittel und Maschinengewehre, ebenso wie eine beträchtliche Menge Kriegsgerät und Schiffsbedarf.

**Meldungen vom U-Boot-Kriege.**

Wien, 12. Juli. Neue U-Boot-Erfolge in der Biscaya und im Englischen Kanal: 24 000 Dr. M. Z. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der benannte englische Dampfer Abbad (4897 T.) mit Schiffsarzt von Ramona nach Cherbourg, bewaffneter französischer Dampfer Mery (1872 T.) mit Schiffsarzt von Dor nach Nancy, die französische Segel- und motorische Holz von Leroy nach Nancy, der Tour R Argon mit Frachtladung nach La Rochelle, portugiesischer Dampfer Cabo Verde (2220 T.) mit Lebensmitteln für die französische Mittel-

verwaltung in Bordeaux. Die Schlangen der übrigen Schiffe befinden sich meist in der Hand der preussischen Wache, sondern vielmehr darum: weiß das ganze deutsche Staatsleben auf eine neue Grundlage zu stellen, wie ist die Selbstverwaltung im Reich und in allen eingegliederten und kommunalen Verwaltungsorganen zu sichern? Wir stimmen der französischen Meinung darin bei, daß die jetzigen Verhältnisse nicht einem halben und faulen Kompromiß, sondern mit einer Lösung entgegen müßten, die dem deutschen Volk in Wahrheit diene. Das ist das entscheidende: die grundsätzliche Lösung, sagt das Blatt mit Recht. Und das Berliner Tageblatt, das mit großer Energie für die Einführung der parlamentarischen Verfassung arbeitet, sagt, daß die Einführung der preussischen Wahlrechtsvorlage für den Herbst jetzt nicht genüge. Es geht heute nur, die Tatsachen, die Situation und die aus ihr sich ergebenden Notwendigkeiten zu betrachten.

Eine solche, völlig unfeindliche und nüchterne Betrachtung lehrt, daß der eigentliche Schwerpunkt des Problems heute nicht in Verfassungen, sondern in der tatsächlichen Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen nur eine, schon selbstverständlich aufgabeneben anderen ist, und daß nur derjenige Deutschland vor Erschütterungen und immer erneuten Krisen bewahren kann, der energisch, mit klarem Blick und fester Hand, die Bundesverfassung von Reich und Staat in der Verwirklichung in sich unternimmt. ... Es kommt darauf an, dem deutschen Volk unabweisung zu zeigen, daß von jetzt an die von ihm gewählte Volksvertretung in der Regierung teilnimmt, und daß die Regierung ohne das klar bestimmte Vertrauen der Volksvertretung zu tun und zu lassen, ohne die Zustimmung der Volksvertretung nicht ausgeht oder erneuert werden kann. Es kommt darauf an, dem Volke die Überzeugung zu verschaffen, daß es nicht mehr durch unvorhergesehene Entscheidungen in der Verborgenen nationalistischen Verfassungen, sondern durch die öffentliche Meinung der Reichsversammlung und die Verantwortung seiner parlamentarischen Vertrauensmänner.

**Vor allem das Reich!**

Zur preussischen Wahlreform und Reichsreform.

Die Einführung, daß in Preußen für eines der beiden Häuser des Landtages das gleiche Wahlrecht eingeführt worden ist, hat in der Presse keine außerordentliche Erregung ausgelöst. Der fortschrittlich gekannte Teil nimmt das Verprechen mit Genugtuung an, der reaktionäre beginnt mit dem Widerstand.

Allerwärts stellt man jedoch fest, daß die Wahlrechtsreform nicht die Lösung der deutschen Krise darstellt, sondern nur ein Teil, nur ein Schritt auf dem Wege zur Lösung ist. Durch eine erweiterte Grundlage des einen der preussischen Gesetzgebungsorgane hat man das Deutsche Reich noch nicht demokratisiert. Wohl sieht Preußen im Zentralpunkte der Macht, wohl ist ohne den Willen der preussischen Regierungsinstanzen eine Veränderung der deutschen Politik nicht möglich, jedoch die Gesamtheit, das Gesamtweisse des deutschen Volkes wird nicht vom preussischen Landtage, sondern vom Reich, von der deutschen Volksvertretung repräsentiert. Die Lösung der Krise kann also nur im Reich, bei der Reichsreform, bei der Reichsreform erfolgen. Die Angelegenheit in Preußen erhalten ihre Bedeutung und ihren Wert erst durch die Demokratisierung des ganzen deutschen Volkswillens im Reich. Deshalb nimmt man gern das preussische Wahlrechtsverprechen an, wartet jedoch auf das bescheidene Wort und die löbende Tat im Reichstage.

Der Reichstag hat als Vertretung des deutschen Volkes diese Gelegenheiten zu großem Tun gehabt - er hat sie vorübergehen lassen. Deshalb ist er nicht die entscheidende Stelle für die Reichspolitik geworden und darum haben wir auch jetzt die Krise. Der Reichstag hat ein feillich gutes Wahlrecht (schlechte Wahlkreisverteilung, Ausschließung der Frauen usw. mindere es freilich), aber er selbst hat nicht vermocht, sich in den Mittelpunkt der Macht des deutschen Volkes zu setzen. Er hat auf die Lösung des deutschen Reiches nicht den entscheidenden Einfluß, er hat nicht ein Wort mitgesprochen bei der Ernennung der Regierung, bei Erklärung des Krieges, bei Schließung des Friedens und so weiter. Er hat als höchstwertiges das Selbstbestimmungsrecht. An dies Recht haben die Parlamente in England und Frankreich nie, stets die Erweiterung ihrer Rechte als Volksvertretung geknüpft. In Deutschland ist das nicht geschehen. Jetzt hat man freilich bei der Vorbesprechung über die neue Kreditbilligungsverträge Änderungen gehört, daß sich weitere Reichstagsfreiheiten (außer den Unabhängigen Sozialisten) der Bedeutung dieses Reiches bemußt werden; aber man wird es kaum zur Lösung der Krise benutzen. Denn selbst die Sozialdemokraten schreiben dieser Richtung nach die Verantwortung des Reiches nicht über, ohne die „Kesselfreiheit“, wie sie die etwaige Erweiterung des Reichstagsausmaßes bisher zu brandmarken beliebten. Hinter verschlossenen Türen wird jetzt hart gehandelt; was das Ergebnis sein wird, soll erst am morgigen Sonnabend offenbar werden. Die Reichstagsöffnung soll „die Lösung der Krise bringen“, sie ist schon um 10 Uhr früh angelegt. Es ist gut, wenn die Volksmassen die Hoffnungen nicht hoch spannen. Das parlamentarische Regiment wird noch nicht herauskommen, obgleich man wissen will, daß für seine Einführung eine Mehrheit erzielt werden könne. Weltlich gibt es wieder den berühmten Mittelweg, den ja die Lagerungssozialisten stellen geteilt schon andeuten: einen sogenannten „Zwischenweg“, der neben den Stützen der Reichsregierung auch einige parlamentarische Staatssekretäre enthält. Oder aber man nimmt einige Abgeordnete in die Ministerien hinein, um sie nicht Entscheidendes zu bestimmen haben, zugleich aber von ihren Parteien und vom Volke losgelöst werden. Gleichwohl: die Gerichte und Meldungen in der politischen Presse sind reich und schwer, aber natürlich weder Wahrheit noch Wirklichkeit. Immerhin wird der 14. Juli eine klärende Stunde sein; man wird erfahren, wie der Reichstag diese entscheidende Stunde nutzen oder verpassen lassen wird. Von den Parteien werden nur die dem Gebot der Stunde gehorchen, die die politische Demokratie fordern und den Bau konsequent mit den geeigneten parlamentarischen Mitteln befähigen. Doch die unabhängige Sozialdemokratie volles Vertrauen verdient, wird sich erweisen.

Der Reichstag hat als Vertretung des deutschen Volkes diese Gelegenheiten zu großem Tun gehabt - er hat sie vorübergehen lassen. Deshalb ist er nicht die entscheidende Stelle für die Reichspolitik geworden und darum haben wir auch jetzt die Krise. Der Reichstag hat ein feillich gutes Wahlrecht (schlechte Wahlkreisverteilung, Ausschließung der Frauen usw. mindere es freilich), aber er selbst hat nicht vermocht, sich in den Mittelpunkt der Macht des deutschen Volkes zu setzen. Er hat auf die Lösung des deutschen Reiches nicht den entscheidenden Einfluß, er hat nicht ein Wort mitgesprochen bei der Ernennung der Regierung, bei Erklärung des Krieges, bei Schließung des Friedens und so weiter. Er hat als höchstwertiges das Selbstbestimmungsrecht. An dies Recht haben die Parlamente in England und Frankreich nie, stets die Erweiterung ihrer Rechte als Volksvertretung geknüpft. In Deutschland ist das nicht geschehen. Jetzt hat man freilich bei der Vorbesprechung über die neue Kreditbilligungsverträge Änderungen gehört, daß sich weitere Reichstagsfreiheiten (außer den Unabhängigen Sozialisten) der Bedeutung dieses Reiches bemußt werden; aber man wird es kaum zur Lösung der Krise benutzen. Denn selbst die Sozialdemokraten schreiben dieser Richtung nach die Verantwortung des Reiches nicht über, ohne die „Kesselfreiheit“, wie sie die etwaige Erweiterung des Reichstagsausmaßes bisher zu brandmarken beliebten. Hinter verschlossenen Türen wird jetzt hart gehandelt; was das Ergebnis sein wird, soll erst am morgigen Sonnabend offenbar werden. Die Reichstagsöffnung soll „die Lösung der Krise bringen“, sie ist schon um 10 Uhr früh angelegt. Es ist gut, wenn die Volksmassen die Hoffnungen nicht hoch spannen. Das parlamentarische Regiment wird noch nicht herauskommen, obgleich man wissen will, daß für seine Einführung eine Mehrheit erzielt werden könne. Weltlich gibt es wieder den berühmten Mittelweg, den ja die Lagerungssozialisten stellen geteilt schon andeuten: einen sogenannten „Zwischenweg“, der neben den Stützen der Reichsregierung auch einige parlamentarische Staatssekretäre enthält. Oder aber man nimmt einige Abgeordnete in die Ministerien hinein, um sie nicht Entscheidendes zu bestimmen haben, zugleich aber von ihren Parteien und vom Volke losgelöst werden. Gleichwohl: die Gerichte und Meldungen in der politischen Presse sind reich und schwer, aber natürlich weder Wahrheit noch Wirklichkeit. Immerhin wird der 14. Juli eine klärende Stunde sein; man wird erfahren, wie der Reichstag diese entscheidende Stunde nutzen oder verpassen lassen wird. Von den Parteien werden nur die dem Gebot der Stunde gehorchen, die die politische Demokratie fordern und den Bau konsequent mit den geeigneten parlamentarischen Mitteln befähigen. Doch die unabhängige Sozialdemokratie volles Vertrauen verdient, wird sich erweisen.

Der Reichstag hat als Vertretung des deutschen Volkes diese Gelegenheiten zu großem Tun gehabt - er hat sie vorübergehen lassen. Deshalb ist er nicht die entscheidende Stelle für die Reichspolitik geworden und darum haben wir auch jetzt die Krise. Der Reichstag hat ein feillich gutes Wahlrecht (schlechte Wahlkreisverteilung, Ausschließung der Frauen usw. mindere es freilich), aber er selbst hat nicht vermocht, sich in den Mittelpunkt der Macht des deutschen Volkes zu setzen. Er hat auf die Lösung des deutschen Reiches nicht den entscheidenden Einfluß, er hat nicht ein Wort mitgesprochen bei der Ernennung der Regierung, bei Erklärung des Krieges, bei Schließung des Friedens und so weiter. Er hat als höchstwertiges das Selbstbestimmungsrecht. An dies Recht haben die Parlamente in England und Frankreich nie, stets die Erweiterung ihrer Rechte als Volksvertretung geknüpft. In Deutschland ist das nicht geschehen. Jetzt hat man freilich bei der Vorbesprechung über die neue Kreditbilligungsverträge Änderungen gehört, daß sich weitere Reichstagsfreiheiten (außer den Unabhängigen Sozialisten) der Bedeutung dieses Reiches bemußt werden; aber man wird es kaum zur Lösung der Krise benutzen. Denn selbst die Sozialdemokraten schreiben dieser Richtung nach die Verantwortung des Reiches nicht über, ohne die „Kesselfreiheit“, wie sie die etwaige Erweiterung des Reichstagsausmaßes bisher zu brandmarken beliebten. Hinter verschlossenen Türen wird jetzt hart gehandelt; was das Ergebnis sein wird, soll erst am morgigen Sonnabend offenbar werden. Die Reichstagsöffnung soll „die Lösung der Krise bringen“, sie ist schon um 10 Uhr früh angelegt. Es ist gut, wenn die Volksmassen die Hoffnungen nicht hoch spannen. Das parlamentarische Regiment wird noch nicht herauskommen, obgleich man wissen will, daß für seine Einführung eine Mehrheit erzielt werden könne. Weltlich gibt es wieder den berühmten Mittelweg, den ja die Lagerungssozialisten stellen geteilt schon andeuten: einen sogenannten „Zwischenweg“, der neben den Stützen der Reichsregierung auch einige parlamentarische Staatssekretäre enthält. Oder aber man nimmt einige Abgeordnete in die Ministerien hinein, um sie nicht Entscheidendes zu bestimmen haben, zugleich aber von ihren Parteien und vom Volke losgelöst werden. Gleichwohl: die Gerichte und Meldungen in der politischen Presse sind reich und schwer, aber natürlich weder Wahrheit noch Wirklichkeit. Immerhin wird der 14. Juli eine klärende Stunde sein; man wird erfahren, wie der Reichstag diese entscheidende Stunde nutzen oder verpassen lassen wird. Von den Parteien werden nur die dem Gebot der Stunde gehorchen, die die politische Demokratie fordern und den Bau konsequent mit den geeigneten parlamentarischen Mitteln befähigen. Doch die unabhängige Sozialdemokratie volles Vertrauen verdient, wird sich erweisen.

Der Reichstag hat als Vertretung des deutschen Volkes diese Gelegenheiten zu großem Tun gehabt - er hat sie vorübergehen lassen. Deshalb ist er nicht die entscheidende Stelle für die Reichspolitik geworden und darum haben wir auch jetzt die Krise. Der Reichstag hat ein feillich gutes Wahlrecht (schlechte Wahlkreisverteilung, Ausschließung der Frauen usw. mindere es freilich), aber er selbst hat nicht vermocht, sich in den Mittelpunkt der Macht des deutschen Volkes zu setzen. Er hat auf die Lösung des deutschen Reiches nicht den entscheidenden Einfluß, er hat nicht ein Wort mitgesprochen bei der Ernennung der Regierung, bei Erklärung des Krieges, bei Schließung des Friedens und so weiter. Er hat als höchstwertiges das Selbstbestimmungsrecht. An dies Recht haben die Parlamente in England und Frankreich nie, stets die Erweiterung ihrer Rechte als Volksvertretung geknüpft. In Deutschland ist das nicht geschehen. Jetzt hat man freilich bei der Vorbesprechung über die neue Kreditbilligungsverträge Änderungen gehört, daß sich weitere Reichstagsfreiheiten (außer den Unabhängigen Sozialisten) der Bedeutung dieses Reiches bemußt werden; aber man wird es kaum zur Lösung der Krise benutzen. Denn selbst die Sozialdemokraten schreiben dieser Richtung nach die Verantwortung des Reiches nicht über, ohne die „Kesselfreiheit“, wie sie die etwaige Erweiterung des Reichstagsausmaßes bisher zu brandmarken beliebten. Hinter verschlossenen Türen wird jetzt hart gehandelt; was das Ergebnis sein wird, soll erst am morgigen Sonnabend offenbar werden. Die Reichstagsöffnung soll „die Lösung der Krise bringen“, sie ist schon um 10 Uhr früh angelegt. Es ist gut, wenn die Volksmassen die Hoffnungen nicht hoch spannen. Das parlamentarische Regiment wird noch nicht herauskommen, obgleich man wissen will, daß für seine Einführung eine Mehrheit erzielt werden könne. Weltlich gibt es wieder den berühmten Mittelweg, den ja die Lagerungssozialisten stellen geteilt schon andeuten: einen sogenannten „Zwischenweg“, der neben den Stützen der Reichsregierung auch einige parlamentarische Staatssekretäre enthält. Oder aber man nimmt einige Abgeordnete in die Ministerien hinein, um sie nicht Entscheidendes zu bestimmen haben, zugleich aber von ihren Parteien und vom Volke losgelöst werden. Gleichwohl: die Gerichte und Meldungen in der politischen Presse sind reich und schwer, aber natürlich weder Wahrheit noch Wirklichkeit. Immerhin wird der 14. Juli eine klärende Stunde sein; man wird erfahren, wie der Reichstag diese entscheidende Stunde nutzen oder verpassen lassen wird. Von den Parteien werden nur die dem Gebot der Stunde gehorchen, die die politische Demokratie fordern und den Bau konsequent mit den geeigneten parlamentarischen Mitteln befähigen. Doch die unabhängige Sozialdemokratie volles Vertrauen verdient, wird sich erweisen.

Der Reichstag hat als Vertretung des deutschen Volkes diese Gelegenheiten zu großem Tun gehabt - er hat sie vorübergehen lassen. Deshalb ist er nicht die entscheidende Stelle für die Reichspolitik geworden und darum haben wir auch jetzt die Krise. Der Reichstag hat ein feillich gutes Wahlrecht (schlechte Wahlkreisverteilung, Ausschließung der Frauen usw. mindere es freilich), aber er selbst hat nicht vermocht, sich in den Mittelpunkt der Macht des deutschen Volkes zu setzen. Er hat auf die Lösung des deutschen Reiches nicht den entscheidenden Einfluß, er hat nicht ein Wort mitgesprochen bei der Ernennung der Regierung, bei Erklärung des Krieges, bei Schließung des Friedens und so weiter. Er hat als höchstwertiges das Selbstbestimmungsrecht. An dies Recht haben die Parlamente in England und Frankreich nie, stets die Erweiterung ihrer Rechte als Volksvertretung geknüpft. In Deutschland ist das nicht geschehen. Jetzt hat man freilich bei der Vorbesprechung über die neue Kreditbilligungsverträge Änderungen gehört, daß sich weitere Reichstagsfreiheiten (außer den Unabhängigen Sozialisten) der Bedeutung dieses Reiches bemußt werden; aber man wird es kaum zur Lösung der Krise benutzen. Denn selbst die Sozialdemokraten schreiben dieser Richtung nach die Verantwortung des Reiches nicht über, ohne die „Kesselfreiheit“, wie sie die etwaige Erweiterung des Reichstagsausmaßes bisher zu brandmarken beliebten. Hinter verschlossenen Türen wird jetzt hart gehandelt; was das Ergebnis sein wird, soll erst am morgigen Sonnabend offenbar werden. Die Reichstagsöffnung soll „die Lösung der Krise bringen“, sie ist schon um 10 Uhr früh angelegt. Es ist gut, wenn die Volksmassen die Hoffnungen nicht hoch spannen. Das parlamentarische Regiment wird noch nicht herauskommen, obgleich man wissen will, daß für seine Einführung eine Mehrheit erzielt werden könne. Weltlich gibt es wieder den berühmten Mittelweg, den ja die Lagerungssozialisten stellen geteilt schon andeuten: einen sogenannten „Zwischenweg“, der neben den Stützen der Reichsregierung auch einige parlamentarische Staatssekretäre enthält. Oder aber man nimmt einige Abgeordnete in die Ministerien hinein, um sie nicht Entscheidendes zu bestimmen haben, zugleich aber von ihren Parteien und vom Volke losgelöst werden. Gleichwohl: die Gerichte und Meldungen in der politischen Presse sind reich und schwer, aber natürlich weder Wahrheit noch Wirklichkeit. Immerhin wird der 14. Juli eine klärende Stunde sein; man wird erfahren, wie der Reichstag diese entscheidende Stunde nutzen oder verpassen lassen wird. Von den Parteien werden nur die dem Gebot der Stunde gehorchen, die die politische Demokratie fordern und den Bau konsequent mit den geeigneten parlamentarischen Mitteln befähigen. Doch die unabhängige Sozialdemokratie volles Vertrauen verdient, wird sich erweisen.

**Preßstimmen.**

Die W. Z. sagt: Kommt es aber überhaupt in erster Linie in der augenblicklichen politischen Lage darauf an, daß ein neues Wahlrechtsverprechen für Preußen abgelehnt wird? Wir verstehen freilich die Bedeutung der preussischen Wahlrechtsreform; aber sie ist jetzt zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Selbst wenn die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen eine endgültig beschlossene Sache wäre, so würde das jetzt nur an eine Stelle des Problems führen, nicht die Lösung bringen.

Das Problem selbst bleibt ungelöst. Es handelt sich doch nicht mehr allein um das preussische Wahlrecht, sondern vielmehr darum: weiß das ganze deutsche Staatsleben auf eine neue Grundlage zu stellen, wie ist die Selbstverwaltung im Reich und in allen eingegliederten und kommunalen Verwaltungsorganen zu sichern? Wir stimmen der französischen Meinung darin bei, daß die jetzigen Verhältnisse nicht einem halben und faulen Kompromiß, sondern mit einer Lösung entgegen müßten, die dem deutschen Volk in Wahrheit diene. Das ist das entscheidende: die grundsätzliche Lösung, sagt das Blatt mit Recht. Und das Berliner Tageblatt, das mit großer Energie für die Einführung der parlamentarischen Verfassung arbeitet, sagt, daß die Einführung der preussischen Wahlrechtsvorlage für den Herbst jetzt nicht genüge. Es geht heute nur, die Tatsachen, die Situation und die aus ihr sich ergebenden Notwendigkeiten zu betrachten.

Eine solche, völlig unfeindliche und nüchterne Betrachtung lehrt, daß der eigentliche Schwerpunkt des Problems heute nicht in Verfassungen, sondern in der tatsächlichen Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen nur eine, schon selbstverständlich aufgabeneben anderen ist, und daß nur derjenige Deutschland vor Erschütterungen und immer erneuten Krisen bewahren kann, der energisch, mit klarem Blick und fester Hand, die Bundesverfassung von Reich und Staat in der Verwirklichung in sich unternimmt. ... Es kommt darauf an, dem deutschen Volk unabweisung zu zeigen, daß von jetzt an die von ihm gewählte Volksvertretung in der Regierung teilnimmt, und daß die Regierung ohne das klar bestimmte Vertrauen der Volksvertretung zu tun und zu lassen, ohne die Zustimmung der Volksvertretung nicht ausgeht oder erneuert werden kann. Es kommt darauf an, dem Volke die Überzeugung zu verschaffen, daß es nicht mehr durch unvorhergesehene Entscheidungen in der Verborgenen nationalistischen Verfassungen, sondern durch die öffentliche Meinung der Reichsversammlung und die Verantwortung seiner parlamentarischen Vertrauensmänner.

Das ist in der Tat, worauf es jetzt ankommt. Fragt sich nur, ob die Parteien des Reichstages, die sich zum „Mittelweg“ zusammengeschlossen haben (auch die Sozialpatrioten gehören jetzt schon zur Mitte) wirklich den Willen haben, das durchzuführen, was das Berliner Tageblatt für notwendig hält. Die Tat der Reichstagsversammlung soll darin bestehen, daß ein neues Stück Papier vollgeschrieben, eine neue Resolution abgefaßt wird, für die Verwirklichung der Verwirklichung, daß aus dieser großen politischen Krise wiederum nicht mehr als eine Erklärung herauskommen werde. Die Regierung wird wahrscheinlich einige Konzeptionen machen, einige Führer der Modoriten werden Ministerien einnehmen dürfen, wahrscheinlich wird auch Herr Reuter ein defekatives Amt angeboten, schließlich aber wird alles beim alten bleiben, der Berg wird geküßelt, aber nur eine Wunde gebohren haben.

Die Frankf. Btg. erklärt: Nur die kleine Zahl derer steht auf einem anderen (absehbaren) Standpunkte, welche die Einführung eines neuen parlamentarischen Reichstages höher stellen als das allgemeine Staatsinteresse, welche die preussische Eigenart immer nur so verstehen, daß das Volk von der Mitarbeit am Staat möglichst fernzuhalten ist, damit sich eine kleine Minorität in der Macht halten kann. Damit ist es ein für allemal vorbei. Der heute noch dem Volke keine Verwirklichung der Verwirklichung, ohne die Zustimmung und zum dauernden Schaden der inneren Fortentwicklung. ... Einen Akt von entscheidender Bedeutung für Preußen und für Deutschland nennt die Erklärung des förmlichen Erlases den gefassten Beschluß. In der Tat, er ist entscheidend für die ganze fernere Gestaltung. Er schafft erst die Voraussetzung für die Verwirklichung der Verwirklichung, er führt zu der für lange vermissten Einheitslichkeit zwischen der Politik des Reiches und Preußens und zur Vereinfachung schwerer Gemutungen und er öffnet die Bahn zu einem Fortschritt, der auf der Gesamtheit des Volkes beruht. Je vertrauensvoller die Regierung dem Volk entgegenkommt, je mehr sie seine Rechte anerkennt und achtet, um so mehr Vertrauen und Unterstützung wird sie auch finden.

**Weitere Meldungen zur Krise.**

Die Regierungsoffizialen beim Kronprinzen. Der Kronprinz hat am Donnerstag die Abgeordneten v. Baher (Fortschrittspartei), Dr. David (Sozialpartei), Dr. Stresemann (Natl.), Merin (Deutsche Fraktion), Erbarger (Zentrum) und Graf Helldorf (Kont.) empfangen. Die Unterredung mit jedem dauerte länger als 30 Minuten, die gefordert empfangen wurden, dauerte länger als 30 Minuten.

Die verschiedenen Blätter wissen wollen, habe der Kronprinz bei diesen Besprechungen betont, er wolle auf Wunsch seines Vaters sich selbst eine Meinung über Herrn v. Bethmann Hollweg bilden.

Der interfraktionelle Ausschuss soll, soweit die Friedensstundgebung in Betracht kommt, einstimmig beantragen die Erörterung über die Einführung der Verwirklichung der Reichstagswahlrechts für Preußen gefasst ist. fünf Minister der Reichstagswahlrechts eingereicht haben. Es sind die Herren v. Preußenbach, Dr. Freiberger, v. Schölermer, v. Bethel, Dr. v. Felleber und der Kultusminister v. Zastrow. Diese Herren hatten sich auf den Standpunkt der Verantwortlichkeit des Kaisers gestellt und haben sich dem Vorlage des Reichstages, an Preußen das Reichstagswahlrecht zu erteilen, nicht angeschlossen.

Reichstagsgenosse preussischer Minister. Die Berliner Abendzeitung meldet, daß der parlamentarische Ausschuss der Reichstagswahlrechts für Preußen gefasst ist. fünf Minister der Reichstagswahlrechts eingereicht haben. Es sind die Herren v. Preußenbach, Dr. Freiberger, v. Schölermer, v. Bethel, Dr. v. Felleber und der Kultusminister v. Zastrow. Diese Herren hatten sich auf den Standpunkt der Verantwortlichkeit des Kaisers gestellt und haben sich dem Vorlage des Reichstages, an Preußen das Reichstagswahlrecht zu erteilen, nicht angeschlossen.





**Walhalla-Theater.**  
 Gastspiel **Max Walden**  
 mit seiner Gesellschaft.  
 Letzte 4 Auführungen.  
**„Der Juxbaron“.**  
 1166 Posse in 3 Akten von Fardes-Milo und Haller.  
 Musik von Walter Kollo.  
**Blaukeichen: Dir. Max Walden.**  
 Kasse 10-1/2 u. 4-6 Uhr.

**Volkspark** Burgstr. 27.  
 Morgen, Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**„Grosses Militär-Konzert“**  
 ausgeführt von der  
 Kapelle des Landw.-Ers.-Bataillons, Inf.-Regim. Nr. 36.  
 Leitung: Herr Kapellmeister Boyer.  
 Die Geschäftsleitung.

**Bio**  
 Gr. Ulrichstraße 57.  
 Sonnabend — Dienstag:  
**Aus Höhen und Tiefen.**  
 Herrlich koloriertes  
 Filmschauspiel  
 — in 3 Akten. —

**Apollo-Theater.**  
 Täglich, abends 8 Uhr:  
**„Susanne im Bade“**  
 Ausstatt.-Eulische i. 2 Akten  
 von W. Gerike. 1163  
 Musik von A. Sommerfeld  
 mit Willi Schenk  
 in der Hauptrolle.  
 Vorher: Ein alter Finkenauer.  
 Volkst. i. i. Akt v. O. Richter.

**Pfälzer Schießgraben.**  
 Im grossen Garten täglich:  
**Grosses Volks-Konzert.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt frei.  
 Soule des Herrn Direktor Göring. 1035  
 Ehrenfest ladet ein  
**Karl Henkelmann.**  
 Am alten Markt. Eingang Kutschgasse.  
**Täglich grosse Konzerte** 1089  
**Schneidige Mädel.**  
 der Hauskapelle  
 Ergebenst ladet ein  
**Frau F. Kampe.**

Noch  
 zu vorteilhaften Preisen  
 Grosse Vorräte!  
 Gelegenheit,  
 noch preiswert zu kaufen!  
**Bauchwitz**  
 Herren- und Knaben-Moden  
 Markt 4.

**Zigarren, Zigaretten, Tabake**  
 in allen Preislagen  
 empfiehlt  
**Otto Ackermann**  
 J. Schmiedel Nachf.,  
 Reussenstr. 23  
 (Ecke Wolfstrasse).

**Stadt-Theater Halle**  
 Direktion: Leopold Saehne.  
 Sonnabend, den 14. Juli 1917:  
**Undine.**  
 Romantische Oper in 4 Aufzügen  
 von Albert Lortzing.  
 Sonntag, nachmittags:  
**All-Heidelberg.** 1162  
 Abends:  
 Das Dreimäderlhaus.

**3 Könige** Varietee,  
 Kl. Klausstr. 7.  
 Wollen Sie einmal tüchtig lachen,  
 sehen Sie sich das neue Programm an.  
 Die urkom. Posse: „Eduard hat ausgereimt“.

Sämtliche Parteischriften empfiehlt  
 Volks-Buchhandlung.

Auswahl-Postkarten empfiehlt die  
 Volksbuchhandl.

**Knäusels**  
 Konditorei und Kaffee  
 Halle a. d. S.  
 Rennschestrasse 7.  
 Telefon 4170. 1168  
 Ab Freitag, 13. Juli, täglich:  
**Künstlerkonzert.**  
 Anfang 7 Uhr. Eintritt frei.

**Bekleidung für Damen.**  
 Wirklich schöne und preiswerte Damen-  
 blusen in Seide, Schleierstoffen, Seide,  
 Wolle- u. Waschstoffen in schwarz, weiss  
 und farbig 4.75 bis 40 Mk. × Vorteilhafte  
 Kostümstücke in weiss, schwarz, blau und  
 gemustert. × Hübsche fertige Dar-  
 kleider in den Preislagen 25 bis 50 Mk. ×  
 Auch in Kostümen finden Sie bei uns  
 noch schöne Kleidung für 35 bis 125 Mk.  
 × Mäntel, rein Covercoat, Seidenmäntel,  
 schwarze Paletots und gemusterte Paletots  
 in den Preislagen 28 bis 105 Mk. × Golf-  
 jacken 7.85 bis 20 Mark. × Ebenfalls  
 finden Sie Herbstbekleidung für Damen und  
 Mädchen schon reichlich vor.

**Kaufe**  
**bei H. Ekan**  
 Leipzigerstrasse 87.  
**Bekleidung für Kinder.**  
 Mädchenkleider in allen Grössen u. Preis-  
 lagen in Woll-, Schleierstoffen, Sammet  
 und Waschstoffen. × Knaben-Anzüge,  
 einzelne Blusen und Hosen aus halbstem  
 Burkin und Waschstoffen. × Russenkleid  
 für Knaben und Mädchen, 10 Mark bis  
 1.05. × Knaben-Sweater u. Sporthemden,  
 alle Grössen, noch preiswert. × Ebenso  
 Riessenauswahl in Mädchenhüten u. -Mützen.  
 × Knabenhüten und -Mützen. × Vorteil-  
 hafte Waren in Kinderstrümpfen, Korsetten,  
 Sportgürtel, Unterwäsche. 1168

**Bekanntmachung**  
 Die Bekanntmachung des stellvertretenden Generalkommandos IV. A. 2. vom 21. Januar 1916  
 betreffend das Verbot der Anfertigung von Stempeln und Siegeln, enthält unter a) folgende Nr. 4:  
 4. Hinfällige von den Militärbehörden benötigten Formulare.  
 Magdeburg, den 7. Juli 1917.  
 Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:  
 F. v. Sander,  
 General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2. \*687

**Amtliche Bekanntmachungen.**  
 Städtischer Eierverkauf in der Zalamisgasse: Sonnabend, den  
 14. Juli 1917.  
 Zum Kaufe berechtigen die Nummern der neuen Lebensmittel-  
 Scheine 55 001 — 55 400 vermittlungslos von 8 — 12 Uhr.  
 Für jeden Kauf eines Haushaltes werden zwei Eier, das  
 Stück zu 28 Pfennig, abgegeben.  
 Ein neue Lebensmittelchein ist vorzulegen.  
 Zur Bekämpfung der Aflerierung wollen man abgeklärtes  
 (vor allem Kupfergeld) Geld bereitstellen!  
 Amtlich nur innerhalb drei Tagen.  
 Halle, den 13. Juli 1917. Der Magistrat.

**Bekanntmachung.**  
 Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung, des § 9 des Gesetzes über den Belagerungs-  
 zustand vom 5. Juni 1911 und des Gesetzes betreffend die Abänderung dieses Gesetzes vom 11. 12. 1916  
 bestimme ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit:  
 1. Jeder nicht gewerbemässige Arbeitsnachweis mit Ausnahme derjenigen für kaufmännische,  
 technische und Büro-Angehörige (Ziffer 3) hat solche Arbeitsstelle und offene Stellen, die er nicht  
 selbst leicht oder voraussichtlich binnen 48 Stunden erledigen kann, an die zuständige Hilfsdienst-  
 stelle zu melden. Diese Meldungen sind zahlenmässig unter genauer Berufsbezeichnung mittels  
 vom Kaiserlichen Statistischen Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, Berlin W. 2, Randaralenteil 1,  
 kostenlos erhältlicher Vorkartensvordrucke einmal wöchentlich zu jeitig zu erhitzen, das diese Vorkarten  
 spätestens an jedem Montag oder Donnerstag früh bei der Hilfsdienststelle einzureichen.  
 2. Jede Hilfsdienststelle hat alle ihr zugehenden Meldungen, soweit sie diese nicht selbst  
 oder mittels der Arbeitsnachweise ihres Bereichs leicht oder voraussichtlich binnen 48 Stunden  
 erledigen kann, an die zuständige Zentralauskunftsstelle weiterzumelden, und zwar jeitig, das die  
 Meldungen bei der Zentralauskunftsstelle spätestens an jedem Dienstag und Freitag früh einzureichen.  
 Die Weitermeldung geschieht in der Weise, das die von den Arbeitsnachweilen eingehenden  
 Vorkarten im Original weitergeleitet werden, nachdem darauf sie sich aus der Ausgichtsbarkeit der  
 Hilfsdienststellen etwa ergebenden Abänderungen vorgenommen sind. Soweit die bei der Hilfs-  
 dienststelle unmittelbar gemeldeten Arbeitsstellen des Kriegsauschnittes der technischen Verbände  
 der Pelbarten und voraussichtlich binnen weiterer 48 Stunden nicht erledigt werden können, ist hierfür  
 ebenfalls ein Vordruck auszufüllen und den übrigen Vorkarten beizufügen.  
 3. Die nicht gewerbemässig betriebenen Arbeitsnachweise (Stellungsvermittlungen) für technische,  
 kaufmännische und Büro-Angehörige haben solche Stellengedusche und offene Stellen, die sie nicht selbst  
 leicht oder voraussichtlich binnen einer Woche erledigen können, an die zuständige Zentralauskunft-  
 stelle zu melden, und zwar die Vermittlungsmittelstellen des Kriegsauschnittes der technischen Verbände  
 mit dem Zusatz „für den Obmann der technischen Verbände“. Die Meldungen sind mittels vom Kaiser-  
 lichen Statistischen Amt kostenlos erhältlicher Vorkarten Vordrucke einmal wöchentlich zu jeitig zu  
 erhitzen, das die Vorkarten spätestens an jedem Freitag früh bei der Zentralauskunftsstelle einzureichen.  
 4. Die Zentralauskunftsstellen haben die ihnen zugehenden Mitteilungen, die sie nicht  
 innerhalb 48 Stunden auslösen können, an das Kaiserliche Statistische Amt, Berlin W. 2, Rand-  
 aralenteil 1 weiterzuleiten und zwar jeitig, das sie beim Statistischen Amt spätestens jeden  
 Donnerstag und Montag früh einzureichen. Die Weitermeldung geschieht in der Weise, das die von  
 den Arbeitsnachweilen eingehenden Vorkarten im Original weitergeleitet werden, nachdem darauf  
 sie sich aus der Ausgichtsbarkeit der Zentralauskunftsstellen etwa ergebenden Abänderungen vor-  
 genommen sind.  
 5. Bei der Ausführung der Vorkarten (Vorkartensvordrucke) sind die Anleitungen des  
 Kaiserlichen Statistischen Amtes zu beachten.  
 Soweit an einem Stidage meldespflichtige Arbeits- bzw. Stellengedusche und offene Stellen  
 nicht vorliegen, ist Beslangzeige zu erhitzen. Auch Vorkarten, die lediglich Beslangzeige enthalten, sind  
 im Original weiterzugeben.  
 Die nicht gewerbemässig betriebenen Arbeitsnachweise sind verpflichtet, auf Anfragen der  
 Hilfsdienststellen, Frauensarbeitsstellen und Zentralauskunftsstellen weitere Aufschlüsse  
 zu erteilen, soweit diese verlangt werden, um einen genaueren Ueberblick über die Lage des Arbeits-  
 marktes zu erhalten.  
 7. Die Meldungen der Hilfsdienststellen müssen auch die Meldungen der ihnen an-  
 gegliederten Frauensarbeitsstellen umfassen.  
 Inwieweit Frauensarbeitsstellen und Hilfsdienststellen nicht unmittelbar verbunden  
 sind, sondern neben diesen bestehen, finden auf sie die für Hilfsdienststellen getroffenen Bestim-  
 mungen überall ohne weiteres Anwendung.  
 8. Inwieweit Meldungen werden, sofern die betreffenden Weisung keine höhere Freiheitsstufe  
 bestimmen, mit Befähigung bis zu einem Jahre befristet. Wegen mitwärtige Umstände vor, so kann auf  
 Haft oder Gefängnis bis zu 1200 Mark erbitzt werden.  
 9. Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft. Gleichzeitig wird die Bekanntmachung vom  
 19. März 1916 aufgehoben.  
 Magdeburg, den 7. Juli 1917.  
 Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:  
 F. v. Sander,  
 General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2. \*686

**Ernst Haecel**  
 Volks-Buchhandlung. Preis 1 Mk.  
**Wohnumm.-Anzeigen**  
 Felsenstr. 22, Hoehp.  
 St. A. R. 1 Okt. u. verm. 682  
**Arbeitsmarkt**  
**Geschirrführer**  
 freie Wohnung und Kartoffel-  
 geld wird gewährt.  
 Otto Mille, Walle (S.),  
 Brachwitzerstr. 3.

**Woher kommt das Geld?**  
 zum Kriege  
 Von Julian Borchardt.  
 Preis 50 Pf. (Porto 5 Pf.)  
 Zu beziehen durch die  
**Volksbuchhandlung**  
 Halle, Burg 42-44.

**Gewissenhafter Wächter**  
 mit guten Empfehlungen  
 für anständige Obstanlage gesucht.  
 Meldungen bei  
**Bornh. Most G. m. b. H.,**  
 Halle (S.), Martenstraße 25/27. \*683

**Arbeiter**  
 für dauernde Beschäftigung gesucht.  
**Grube Pauline in Dörschwitz.**  
 Wir suchen für dauernde Beschäftigung für unseren Betrieb  
**ungelehrte Arbeiter und Fabrikarbeiter**  
 sowie Frauen in grösserer Zahl, ferner  
**Seiler, Schloffer, Dreher, Maschinenarbeiter,**  
**Mauser, Zimmerer, 10 Böttcher u. 5 Mauser.**  
 — Restgeld wird bedingungslos bezahlt. —  
 Arbeitsuchende wollen sich schriftlich oder mündlich wenden an:  
**Arbeiter-Kassamittel der**  
**Pulverfabrik Prornitz,**  
**Zathenow, Bahnstrasse 22. \*514**

**Robrleger, Seiler**  
 und **Erbarbeiter**  
 für den  
**Erweiterungsbau d. Wasser-**  
**wertes Halle gesucht.**  
 Meldungen bitte bei  
**Wasserwert in Seelen bei**  
**Schachtmeister Wagonknocht.**



